

## FRAGESTUNDE

Beginn: 15.05 Uhr  
Ende: 16.12 Uhr

### 1) Aktuelle Entwicklung unabhängige Frauenbeauftragte

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Grabe** stellt an StRin. **Edlinger** folgende Frage:

Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke Edlinger! Wie den meisten ja bekannt ist, ist die Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten seit Sommer vakant, weil der Vertrag ausgelaufen ist. Der Frauenrat wurde damit beauftragt, die Vorbereitung einer Vereinsgründung in die Wege zu leiten, daher meine

### **F r a g e**

an dich Elke, zur aktuellen Entwicklung der unabhängigen Frauenbeauftragten, einerseits (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) als Information für den Gemeinderat, andererseits eben auch als Nachfrage, wie der genaue zeitliche Stand ist. Wie ist der genaue Stand der Vorbereitungen zur Neu-Ausschreibung der Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz einerseits in Bezug auf Gründung eines Trägerinnenvereins für diese Stelle durch den Grazer Frauenrat, zweitens bezüglich Einberufung des Frauenrats zur Abstimmung über Statuten und Vereinsgründung usw. und drittens über die Ausschreibung beziehungsweise das Anforderungsprofil für die künftige unabhängige Frauenbeauftragte?

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Daniela! Danke für deine Anfrage. Ich darf kurz berichten über den aktuellen Stand. Es ist ja offensichtlich von allgemeinem Interesse, wie wir dem gewissen Lärmpegel auch entnehmen können. Ich darf nur vorweg vielleicht eine kleine Korrektur einbringen, nämlich du hast gesagt, der Frauenrat wurde beauftragt, einen Verein zu gründen und die Trägerschaft zu übernehmen. Du bist ja selbst auch integriert, wir sind nachdem der

Frauenrat ja ein unabhängiges Gremium ist, überparteilich und da er der Lobbyarbeit für Fraueninteressen dient, ja nicht in der Lage, den Frauenrat zu beauftragen, aber wir stehen hier in gutem Einvernehmen. Zum Stand, den du gerne wissen möchtest und den ich hier noch einmal auch den anderen Kollegen/Kolleginnen zur Info vorbringen darf. Am 25. Juni wurde nach längerer Diskussion im Frauenrat, der ja bisher eine Plattform war, beschlossen, die Trägerschaft für die unabhängige Frauenbeauftragte zu wollen. In derselben Sitzung hat der Frauenrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, dieser Arbeitsgruppe gehören an je eine Vertreterin des Doku, der ÖGB-Frauen, des Eltern-Kind-Zentrums, der Caritas, von Peripherie, Nova, Frauenservice, Danaida, Frauenhaus, eine Vertreterin der Privatpersonen und eine Vertreterin des Frauengesundheitszentrums, und weil mir die rasche Klärung und Umsetzung auch ein Anliegen ist, wird die Arbeitsgruppe unterstützt von unserer Leiterin des städtischen Frauenreferates, Doris Kirschner. Der Frauenrat hat sich im Juni darauf verstanden, dass der Arbeitsgruppe keine politischen Mandatarinnen angehören sollen, eine gute Tradition, die der Frauenrat schon seit langem eigentlich pflegt. Bisher hat, also seit 25. Juni, hat diese Arbeitsgruppe des Frauenrates viermal getagt, ein Vorschlag für die Statuten und die Geschäftsordnung des zu gründenden Vereines wurden über den Sommer erarbeitet. Aktuell ist, diese Arbeitsgruppe will noch ein paar arbeitsrechtliche Fragen abklären, auch da wird die Arbeitsgruppe durch das Frauenreferat und auch die Mitarbeiterinnen in meinem Büro bestmöglich unterstützt, damit das schnell vonstatten gehen kann. Die Arbeitsgruppe erarbeitet auch einen Vorschlag für das Anforderungsprofil, weil du danach gefragt hast, für die Stelle der Frauenbeauftragten auf Grund der Vorlage der Diskussionsgrundlage, die Doris Kirschner vom Frauenrat bereits erstellt hat. Die in der Arbeitsgruppe vertretenen Personen stellen gleichzeitig das Proponentinnenkomitee dafür den zu gründenden Verein. Eine Vorstandswahl wird nach Gründung des Vereines erfolgen. Ich hoffe, dass die Beschlussfassung über das Statut des Vereines Frauenrat so wie über die Geschäftsordnung bereits in einer meiner Informationen nach bereits für 15. Oktober terminisierten Sitzung des Grazer Frauenrates erfolgen wird. Mit dem Proponentinnenkomitee wird seitens der Stadt Graz eine vertragliche Vereinbarung verhandelt werden, damit die TrägerInnenschaft für die Frauenbeauftragte übernommen werden kann. Im Zuge dessen werden auch die Aufgaben der Frauenbeauftragten und des Grazer Frauenrates definiert und in der angestrebten vertraglichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Trägerinnenverein

verankert. Parallel müssen dazu natürlich in den nächsten Wochen im Rahmen der Budgetverhandlungen auch die notwendigen Einigungen auf politischer Ebene über den Finanzierungsumfang der Stelle der Frauenbeauftragten erfolgen (*Applaus SPÖ*).

Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Nur eine Nachfrage, das heißt, ungefähr am 15. 10. war geplant, dass der Frauenrat tagt, habe ich das jetzt richtig verstanden? Das heißt, man kann davon ausgehen, dass spätestens mit Jahresbeginn die Stelle gestartet werden kann.

StRin. **Edlinger**: Ich denke, wir wollen alle möglichst rasch wieder, dass es zur Besetzung dieser Position kommt, wir sind nur abhängig davon, dass die Entscheidungen auch im Frauenrat getroffen werden. Du weißt ja, es waren ja Diskussionen in der Vergangenheit manchmal durchaus auch sehr kontroversiell, aber mit der Beschlussfassung am 25. Juni, die ja doch eine große Mehrheit mitgetragen hat, diesen Weg zu gehen, bin ich zuversichtlich, dass hoffentlich am 15. Oktober Statuten und Vereinsgründung jetzt konkret in die Wege geleitet werden können. Wir sind da jetzt einfach in der Phase jetzt noch abhängig von der Umsetzungsschnelligkeit des Frauenrates (*Applaus SPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.10 Uhr den Vorsitz.***

## **2) Lärmmessungen in Puntigam**

GR. **Wippel** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Wippel:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Lisa! Im Bezirk Puntigam ergibt sich auf Grund einer unvorteilhafter Raumordnung ein Aufeinandertreffen von Wohn- und Industriegebieten, wo die nötigen und im STEK formulierten Pufferzonen leider vielfach fehlen.

Die dort wohnhafte Bevölkerung hat deshalb im Umweg über die Bau- und Anlagenbehörde das Umweltamt um Messungen ersucht, um festzustellen, ob es sich bei der Lärmbelästigung durch Industrie- und Gewerbebetriebe um gesundheitsschädliche Ausmaße handelt. Angeblich wurden Messungen sowohl in der Gradnerstraße im Bereich der Firma Scheucher als auch Messungen in der Hafnerstraße, Adlergasse, Westgasse im Bereich der Firmen Spar und Fresenius durchgeführt.

Ich stelle daher namens der KPÖ-Fraktion an dich, liebe Frau Vizebürgermeisterin, folgende

### **F r a g e:**

Kannst du uns Auskunft über die Messergebnisse der Lärmessungen in der Gradnerstraße und in der Hafnerstraße / Adlergasse / Westgasse liefern, die auch für die dort ansässige Wohnbevölkerung aufschlussreich sind? (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich kann dir Auskunft geben, du weißt, dass es sich dort um eine sehr komplexe Situation handelt. In diesem beschriebenen Bereich grenzen zwei Betriebe, nämlich der Betrieb Fresenius und Spar relativ knapp an bestehende Wohngebiete. Dazu kommt, dass weiter nordöstlich auch die Eisenbahnstrecke der ÖBB durchgeführt wird. Auf Grund von mehreren Messungen, ich habe mir das alles genau schildern lassen, also auf Grund der Beschwerde, die gekommen ist, gegen die Firma Fresenius, wo zuerst geglaubt worden ist, das die Lärmquelle dort ist, wurde sehr intensiv gemessen. Dann wurde im Bereich der Firma Fresenius ein tieffrequentes Brummen lokalisiert, was aber leider örtlich nicht sehr genau festzulegen ist, allerdings wurde dann auch bei der sommerlichen Betriebspause der Firma Fresenius dieses Geräusch weiter wahrgenommen und damit (*Der*

*Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wurden die weiteren Messungen fortgeführt. Es gab aber weiterhin Beschwerden. Auf Grund der Größe der betroffenen Betriebe als auch bei den tieffrequenten Geräuschen schwierigen räumlichen Ortung konnten aus schalltechnischer Sicht bei den störenden Geräuschen zuerst keine definitiven Zuordnungen zu einem der beiden Betriebe getroffen werden. Nun nach einer Vielzahl von Erhebungen und Messungen durch das Umweltamt, auch während der Nachtstunden und zuletzt auch während der Betriebspause der Firma Fresenius im letzten Sommer, kann als Erhebungsergebnis derzeit dezidiert gesagt werden, dass durch laufende Kühlaggregate von hauseigenen Lkw auf dem Gelände der Firma Spar im Bereich der vorderen Laderampen, insbesondere nachts, einen halben Meter vor geöffneten Fenstern von Wohnräumen in der Westgasse eine relevante und subjektiv störende Erhöhung des Umgebungslärmes wirklich festzustellen ist. Diese Ergebnisse, die jetzt definitiv so festgehalten sind, hat das Umweltamt wieder an die Bau- und Anlagenbehörde weitergegeben mit folgender Aufforderung, bestimmte Auflagen an die Firma Spar zu übermitteln. Das wird bedeuten, dass die Firma Spar aufgefordert wird, ausschließlich die genehmigten Betriebszeiten in Anspruch zu nehmen so wie die Art der Tätigkeit bei der Zu- und Ausfahrt von Lkw entsprechend der genehmigten technischen Beschreibung auszuführen. Weiters haben sie darauf hinzuwirken, dass auch Fremdfirmen auf dem Betriebsgelände nur zur den genehmigten Betriebszeiten und im genehmigte Rahmen arbeiten und außerhalb dieser Zeiten keine Kühlaggregate laufen lassen. Weiters wurde die Firma Spar aufgefordert, der Bau- und Anlagenbehörde eine Bescheinigung zu übermitteln, aus welcher hervorgeht, dass die Schalldruckpegel und Betriebszeiten aller Lüftungsgeräte und Kühlkondensatoren, wie sie im technischen Bericht aufgezählt wurden, eingehalten werden. Die Kontrolle dieser Auflagen obliegt der Bau- und Anlagenbehörde. Weitere Erhebungen von Seiten des Umweltamtes können erst dann erfolgen, wenn einmal der genehmigte Betriebsumfang eingehalten wird und von Seiten der Firma nachgewiesen wird und eben auch vor allem diese Nachtregelung eingehalten wird. Wir bleiben da dran, aber das ist jetzt einmal die Auflage, die erteilt wurde und die zu kontrollieren ist von der Bau- und Anlagenbehörde.

GR. **Wippel**: Danke Lisa, das ist wirklich sehr erfreulich diese Antwort. Kannst du auch noch bezüglich der Gradnerstraße bei der Firma Scheucher, da hat es auch Messungen gegeben, hast du da auch irgendwie Ergebnisse?

Bgm.-Stin. **Rücker**: Zu diesen Messungen habe ich leider keine Unterlage da, aber du kriegst die schriftlich nachgereicht.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.17 Uhr den Vorsitz.***

### **3) Förderung des Spitzensports in Graz**

GR. **Sippel** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Sportstadtrat! Meine Anfrage richtet sich zu dem Thema Förderung des Spitzensports in Graz abseits des Fußballs, nachdem wir ja die Causa GAK ja schon ordentlich heute durchgekaut haben. Spätestens seit den Olympischen Sommerspielen in Peking ist klar, dass die Steiermark, im Speziellen ihre Landeshauptstadt Graz, im Aufgebot der österreichischen Athleten unterrepräsentiert war. Die Olympischen Spiele haben gezeigt, dass Graz, wollen wir in Zukunft auch wieder einmal bei uns den einen oder anderen erfolgreichen Olympioniken bejubeln, dringend ein Konzept zur Förderung des Spitzensports benötigt.

Während beispielsweise die Stadt Linz, und ich habe mir das relativ genau angeschaut, mit insgesamt elf Sportlern aus Linz beziehungsweise Linzer Vereinen bei den Spielen vertreten war, war Graz lediglich mit den zwei Radrennfahrerinnen Christiane Soeder und Monika Schachl, die zwar in einem Grazer Verein sind, aber

ihre Trainingsbedingungen woanders wahrnehmen, vertreten. Und die einzige echte Grazer Olympionikin, hier herinnen bestens bekannt, die Schwimmerin Jördis Steinegger, ist schon seit längerer Zeit auf die besseren Voraussetzungen in Linz angewiesen.

Die Stadt Graz braucht aus Sicht der FPÖ ein schnellstmögliches Vorantreiben von Projekten wie beispielsweise der Ballsporthalle bei der HIB Liebenau, damit auch wieder auf internationalem Niveau gespielt werden kann und auch ein schnellstmögliches Vorantreiben hinsichtlich der in Konstruktion befindlichen 50-Meter Hallenschwimmbahn in Graz-Eggenberg, die es dann auch ermöglicht, hier international im Schwimmsport aufzutreten.

Nur mit so einem Konzept ist es möglich, Sportarten abseits des Fußballs auf internationales Niveau zu bringen und darüber hinaus die längst notwendigen Talentförderungsprojekte zu initiieren. Hier gilt es jetzt zu handeln.

Hier geht es aber nicht nur um die Förderung des Spitzensports in Graz und in der Steiermark, sondern auch um einen Synergieeffekt und eine Weiterwirkung auf den Jugend- und Breitensport, um eben den vielen eventuellen und zu entdeckenden Talenten, die sich im Großraum Graz befinden, auch eine mögliche olympische Karriere zu ermöglichen.

Derzeit gibt es Olympiazentren initiiert vom Österreichischen Olympischen Komitee, die hier Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen und zwar in Niederösterreich, in Oberösterreich und in Vorarlberg. Es wird aber seit längerer Zeit seitens des ÖOC über die Errichtung eines weiteren Zentrums nachgedacht.

Als Bewerber sind Salzburg, Kärnten, Tirol und die Steiermark im Gespräch. Die Entscheidung über den Standort trifft letztendlich das ÖOC.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, verehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, die

**A n f r a g e :**

Welche Maßnahmen werden von Ihrer Seite konkret angedacht und umgesetzt, um den Spitzensport in Graz, abseits des Fußballs, zu fördern? (*Applaus FPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich kann mich Ihren Ausführungen ja weitgehend anschließen. Auch ich als Sportreferent würde mich natürlich sehr, sehr freuen, aber ich glaube, alle Grazerinnen und Grazer würden sich sehr freuen, hätten wir mehr international erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler aus Graz. Allerdings muss ich in dem Zusammenhang auch festhalten, dass grundsätzlich die Förderlandschaft im Sport in Österreich so geregelt ist, dass unmittelbare Aufgabe für die Kommunen die Förderung des Breitensports ist, die Länder den Leistungssport unterstützen sollen und der Spitzensport seitens des Bundes eben unterstützt wird. Wir haben auch ein Sachprogramm Sport, im Jahre 2006 hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen, und auch dieses Sachprogramm Sport hat auch Prioritäten und Gewichtungen vorgenommen. Eingebunden in die Ausarbeitung des Sachprogramms waren Vertreter der Grazer Sportvereine, Experten aus Wissenschaft und Forschung, aber es waren auch die Sportsprecher der Grazer politischen Parteien da dabei und haben hier mitgearbeitet und ausgehend von der Wirkung der Sportförderung wurde eben diese Gewichtung vorgenommen, die wie folgt aussieht: Oberste Priorität hat die Förderung des Kinder- und Jugendsports in unserer Stadt...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bitte mehr Aufmerksamkeit, es ist noch der Anfang der Gemeinderatssitzung. Wenn es 10.00 Uhr wäre, aber wir haben noch ganz viel vor uns, ich bitte um ein bisschen weniger Seitenflüstern. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Dann haben wir zweitens festgehalten, dass wir den Leistungssport dort fördern wollen, in dem vorwiegend Jugendliche und Junioren agieren. Wir haben drittens festgehalten, dass der Sport auch die Erfüllung sozialer



Aspekte hat, das heißt, auch Angebote für Jugendliche abseits vom Leistungsgedanken und die Integration in diesem Zusammenhang wichtig ist und wir haben auch festgehalten, dass wir natürlich auch im Rahmen unserer Möglichkeiten den Leistungs- und Spitzensport unterstützen wollen, aber wie gesagt eben, in erster Linie ist es Aufgabe des Landes und des Bundes. Unter diesen Gesichtspunkten haben wir ja bereits im Jahr 2003 eine ganz neue, aber auch transparente und nachvollziehbare Jugendförderung im Grazer Sport eingeführt, die konnte ja im heurigen Jahr um 40 % erhöht werden, das war auch ein Danke an den Gemeinderat, der diese Erhöhung ja auch im Budget mitgetragen hat, aber wir stützten natürlich auch die Handball- und Volleyballakademie, wir stützen das Jugendleistungszentrum im BORG Monsbergergasse und wir haben Jugendleistungszentren in den Sportarten Schwimmen, Badminton, Fechten, Judo, Rad, Gymnastik und Turnen, wo wir auch entsprechende finanzielle Beiträge einbringen. Und in diesen Sportarten haben wir auch sehr, sehr hoffnungsvolle Jugendliche, die den Weg zur Spitze schaffen könnten, wie beispielsweise Markus und Christian Scherübl im Schwimmen oder Gabriel Rossi im Turnen. Sie haben aber auch völlig Recht, was wir zusätzlich noch brauchen in unserer Stadt ist Sportinfrastruktur, gerade bei den Hallenflächen überschreiten wir eigentlich die Kapazitäten, die immer wieder beziehungsweise stehen sie eben nicht zur Verfügung in den Kernzeiten, wo sie benötigt werden. Ein Projekt ist zweifelsohne das von Ihnen erwähnte Projekt Dreifachsporthalle HIB, aber es gibt das Projekt Sportpark, das allerdings aus meiner Sicht noch einige Jahre erfordern wird, bis es zu einer Umsetzung kommen kann. Es ist ein großer Schritt gelungen mit dem Beschluss über die Neuerrichtung des Hallenbades Eggenberg und in diesem Zusammenhang ist, glaube ich auch, die Chance wesentlich größer, hier einen Olympiastützpunkt im Schwimmen in Graz zu etablieren und da hat es auch bereits Gespräche mit dem Österreichischen Schwimmverband, mit dem ÖOC und dem Land Steiermark im Juni dieses Jahres gegeben. Also, ich denke aus der Sicht der Stadt Graz, aus der Sicht des Sportressorts ist uns durchaus bewusst, dass wir auch etwas tun müssen, wenn wir noch erfolgreichere Sportlerinnen und Sportler aus unserer Stadt haben, wir leisten auch einiges, ich glaube, das größte und wichtigste Ziel in diesem Leistungsbereich ist es aber, dass wir seitens der Stadt Graz unsere Kinder und Jugendlichen, die sich wirklich dem Leistungssport auch verschreiben, so weit unterstützen und sie so weit hinführen, dass wir sie dann sozusagen übergeben

können in bestehende Fördermodelle des Landes und des Bundes, und in diesem Sinne werden wir auch weiterarbeiten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Eine Frage insofern, können Sie sich Schritte innerhalb Ihres Wirkungskreises vorstellen, zum Beispiel gemeinsam mit dem Sportlandesrat an das Österreichische Olympische Komitee heranzutreten und sich dafür einzusetzen, dass Graz den vierten Olympiastützpunkt des ÖOC bekommt oder zumindest Anlass zu Überlegungen gibt dafür?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich habe gerade gesagt, im Juni hat es diese Gespräche schon gegeben, wir bemühen uns darum und ich denke, dass die Chancen besser sind jetzt, weil wir eben dann, wenn das Bad Eggenberg neu errichtet ist, über eine Sportstätte verfügen, für die wir uns ganz sicher nicht genieren müssen, sondern die wirklich internationalen Maßstäben entspricht und durch diese Infrastruktur, die wir dann zur Verfügung haben, sind die Chancen einfach gestiegen. Wir haben es noch nicht, aber wir bemühen uns darum (*Applaus ÖVP*).

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.*

#### **4) GVB-Linienführung Steinfeldfriedhof**

GRin. **Gesek** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage.

GRin. **Gesek**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Am Steinfeldfriedhof im Grazer Westen befinden sich rund

10.000 Gräber und ist dieser durch ein öffentliches Verkehrsmittel praktisch nicht erreichbar, weil sowohl von der Bushaltestelle am Hauptbahnhof als auch von der Straßenbahnhaltestelle in der Alten Poststraße der Fußweg vor allem für Senioren unzumutbar lang und auch infolge des starken Verkehrs sehr gefährlich ist.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, ich frage Sie daher, ob Sie bereit sind, einen Vorstoß bei den GVB zu machen, damit die Erreichbarkeit des Steinfeldfriedhofs vor allem für Senioren mit einem öffentlichen Verkehrsmittel möglich ist beziehungsweise eine Buslinie über den Steinfeldfriedhof geführt werden kann (*Applaus ÖVP*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für deine Anfrage, ich muss dich leider korrigieren, es ist so, dass es eine Linie gibt, die auf 150 Meter an den Steinfeldfriedhof herankommt, nämlich die Linie 50, die entlang des Eggenberger Gürtels geführt wird, mit einer eigenen Haltestelle Steinfeldfriedhof. Sie wird viertelstündlich geführt, allerdings nicht am Sonntag, das heißt, was ich gerne überprüfen lasse, weil am Sonntag natürlich viele Friedhofbesuche stattfinden, ob man auch am Sonntag einen Takt einführen kann, aber 150 Meter durch eine Unterführung, die jetzt momentan besonders verkehrssicher erschlossen ist, weil dort nur Rad- und Fußquerung stattfindet, halte ich durchaus für zumutbar, aber eine Erweiterung über Sonntag können wir gerne reden. An und für sich ist es eben nicht so, dass die nächste Haltestelle erst am Hauptbahnhof ist.

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.***

## **5) Gratiskindergarten/Verwendung der Landesmittel**

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sozusagen fünf Minuten nach zwölf scheint ja jetzt doch noch eine Lösung in Sachen Gratis-Kindergarten in Zusammenhang mit jenen Privatkindergärten gefunden worden zu sein, die bis dato nicht dem städtischen Tarifmodell angehörten. Ich möchte hier und jetzt gar keine Diskussion vom Zaun brechen, ob die nunmehr angepeilte doppelte Gruppenförderung sinnvoll beziehungsweise gerecht ist. Vielleicht hätte Besseres gefunden werden können, wenn Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, nicht Monate verstreichen hätten lassen. So überraschend ist der Gratis-Kindergarten ja nicht über uns hereingebrochen: Denn bereits am 28. 3. hatte das Grazer Jugendamt eine positive Stellungnahme zum Gesetzesentwurf abgegeben, am 31. Juli folgte auf Landesebene die Einigung auf den Gratis-Kindergarten, am 4. August wurden Sie von Landesrätin Bettina Vollath ersucht, sich um eine Lösung für die außerhalb des Tarifmodells befindlichen 32 Privatkindergärten zu bemühen.

Wie gesagt: Sehr spät, aber doch scheint jetzt eine Lösung auf dem Tisch zu liegen, die die Stadt rund 228.000 Euro jährlich kosten wird. Insgesamt jedoch kommt die Stadt durch diese Gesetzesnovelle zu mindestens rund 2,7 Millionen Euro Mehreinnahmen durch das Land. Geld, das, so will ich hoffen, nun nicht in den unendlichen Tiefen des Budgets versickert und zum Stopfen von diversen Löchern verwendet wird, sondern ausschließlich für die Grazer Kinderbetreuungseinrichtungen Verwendung findet.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e ,**

wie die nun frei werdenden Mittel für die Kinderbetreuung von Ihrer Seite eingesetzt werden? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Vielleicht ein paar Anmerkungen auch zur Chronologie, die Sie da formuliert haben und die aus meiner

Sicht einige Unschärfen aufweist. Ich möchte versuchen, die zu ergänzen. Richtig ist, die Stellungnahme des Jugendamtes mit Datum 28. 3., das ist zu bestätigen, aber unsere Stellungnahme war noch für den Entwurf zu einer Novelle, die die Null- bis Sechsjährigen umfasste, nicht aber die Tagesmütter mit dem deutlichen Hinweis, dass die Frage zu klären ist. Im Juni dieses Jahres gab es einen Brief von Frau Landesrätin Vollath an alle Träger und Kinderbetreuungseinrichtungen, in dem sie noch auf die Betreuung der Null- bis Sechsjährigen hinweist, da waren die Tagesmütter und -väter immer noch von der Förderung ausgeschlossen, es war die kostenlose Kinderbetreuung noch für Kinder eben von null bis sechs geplant. Mit 8.7. haben wir dann einen überarbeiteten Entwurf zugesandt bekommen, immer ist noch hier die Rede von Kindern von null bis sechs, immer noch kommen Tageseltern nicht vor, aber neu, der überarbeitete Entwurf sieht nunmehr Elternbeitragsersätze statt bisher erhöhte Personalförderungen vor. Ich denke, das wurde ja auch so gelöst oder so verändert wegen der Vorsteuerproblematik. Die Information, dass sich jetzt ein neuerlich überarbeiteter Entwurf nunmehr auf drei- bis sechsjährigen Kinder und deren Gratisbetreuungen in Einrichtungen und bei Tageseltern bezieht, haben wir nicht mehr von der Landesregierung erhalten, sondern über die Medien erfahren. Ja, es stimmt, am 4. 8. war ich bei der Frau Landesrätin, weil wir diverse Fragen rund um die Förderung beantwortet bekommen wollten. Erst bei diesem Termin am 4.8. erfuhren wir auch einige Details dazu, aber nicht alle Fragen, die wir darüber hinaus hatten, konnten von der Frau Landesrätin beziehungsweise ihren Mitarbeiter beantwortet werden. Bekanntlich hat das Land dann am 5.8. eine Hotline eingerichtet, was aber primär für interessierte Eltern gedacht war und keine Fragen der Träger beantwortet hat und beantwortet. Mit 20. 8. des heurigen Jahres wurden wir als Erhalter das erste Mal offiziell vom Land informiert. Natürlich hat das Jugendamt bereits zuvor versucht, private Erhalter in der Stadt zu kontaktieren und auch zu hinterfragen, ob sie mit dieser neuen Lösung leben können beziehungsweise ihre Betriebe wirtschaftlich führen können oder nicht. Es gestaltete sich äußerst schwierig, im Sommer Kindergartenbetreiber zu erreichen, de facto haben wir es mit 1. September geschafft, dass wir einmal alle kontaktieren konnten. Die Info-Tage des Landes zum neuen Gesetz, die Abwicklung von Details, wie das alles funktionieren soll, haben am 3. 9., 5.9. und 10.9. stattgefunden, uns als größten Erhalter im Lande wollte man auf den 10. 9. umbuchen, das konnten wir insofern einfach umgehen, indem wir einfach am 3.9. hingegangen sind. Wir haben unsere

privaten Träger am 9.9. informiert, wobei ja wir auch warten mussten, die Information abwarten mussten, die Information des Landes Richtung Private, welche Fragen ergeben sich jetzt für Private darüber hinaus, die in unsere Stadt tätig sind und vieles mehr. Das ist mir wichtig, dass wir diese Chronologie auch aus der Sicht des Jugendamtes eben hier ergänzen und zu Ihrer konkreten Frage, was jetzt mit diesem Geld passiert, wir schätzen rund 2,6 Millionen ergeben sich durch Mehreinnahmen und Minderausgaben, sollten wir auf rund 2,6 Millionen kommen. Ich denke wir brauchen uns da herinnen jetzt keine Sorgen machen, dass die Stadt Graz Geld irgendwo versickern lässt, abgesehen davon, haben wir allein in den vergangenen Jahren schon sehr, sehr deutlich bewiesen, und auch die Kollegin Kaltenbeck-Michl war ja da auch sehr dahinter, dass Kinderbetreuung in dieser Stadt großgeschrieben wird. Die schwarz/grüne Koalition hat sich ja auch vorgenommen, gerade im Kinderbetreuungsbereich der Null- bis Dreijährigen einiges zu tun und das Barcelona-Ziel mit 33 % Deckungsgrad zu erreichen unter der Annahme, dass wir diese 33 % dadurch erreichen, indem wir selbst Kinderkrippen bauen und betreiben, würde sich allein ein Betrag von 28 Millionen ergeben. Also, ich allein kann ja nicht entscheiden, wie Budgets sich gestalten, das entscheidet der hohe Gemeinderat, aber ich gehe davon aus, dass so wie bisher auch die Kinderbetreuungen der Stadt Graz ein vordringliches Anliegen sind und wir auch in diesem Sinne gleichviel, wenn nicht sogar mehr, investieren werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Ich hätte noch eine Zusatzfrage. Denken Sie daran, für jene Eltern, deren Kinder ja weiterhin auch in Privatkindergärten untergebracht werden müssen, eine finanzielle Hilfestellung zu leisten aus diesem Geld?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Zunächst müssen wir einmal wissen, wer wird sich an diesem neuen Modell beteiligen und wer nicht. Bei uns sind 32 private Einrichtungen, die das zu entscheiden haben und bis 10. Oktober beim Land einen Antrag stellen müssen. Zu diesem Tag wissen wir also auch, welche dieser Einrichtungen im Gratiskindergarten Platz anbieten wird. Das Modell, das wir nunmehr diesen 32

Einrichtungen vorgeschlagen haben, schaut auf den ersten Blick ja relativ unspektakulär aus, hat aber intensivste Arbeit im Jugendamt verursacht, Rechenarbeit, weil eines war schon klar, wir müssen diese 32 aus meiner Sicht gleich behandeln, es gibt keine Extralösungen und keine Einzelfalllösungen, dieser Vorschlag, den wir nun unterbreitet haben, scheint von den allermeisten angenommen zu werden. Darüber hinaus wird es aus heutiger Sicht keine Sonderunterstützungen geben können, aber ich gehe davon aus, dass nahezu alle diese 32 in das neue Modell einsteigen werden.

## 6) Nutzung der städtischen Liegenschaft Andersengasse 32

GR. **Baumann** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Liebe Frau Stadträtin Elke Kahr! Bei meiner Frage an dich geht es um die Liegenschaft der Andersengasse 32, die seit geraumer Zeit leer steht. Wo das Nutzungsrecht nicht ganz geklärt ist, aber meiner Information nach du Pläne hast, die Räumlichkeiten des ehemaligen Hortes zu nutzen. Du bist ja auch informiert, und wir haben ja auch schon Gespräche geführt über die Gemeinwesenarbeit, die in Graz installiert werden soll. Ist daran gedacht, diese Andersengasse 32 auch dazu zu verwenden und welche weiteren Überlegungen gibt es, diese leer stehenden Räume in der nächsten Zeit prekär oder längerfristig zu nutzen? Danke.

StRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Heinz! Der Grund, warum, das ist nur eine Information, auch vielleicht an die Mandatarinnen hier im Hause, dass sie wissen, warum diese Räumlichkeiten in der Andersengasse 32, wo es einen Hort gegeben hat, der leider, aus meiner Sicht, geschlossen wurde. Diese Räumlichkeiten sind in einem Objekt, das der Verwaltung des städtischen Wohnungsamtes unterliegt und nach Beendigung natürlich dieser Nutzung das städtische Wohnungsamt

sozusagen auch die Raumverfügung über hat. In der ersten Stadtregierungssitzung, das können meine Kolleginnen hier auf der Regierungsbank auch bestätigen, haben wir zwei Räumlichkeiten in der Andersengasse 32 und auch Räumlichkeiten in der Triester Siedlung vorgeschlagen, da sich diese beiden Räumlichkeiten gut für eine Gebietsbetreuung, Siedlungsbetreuung oder, wie du es genannt hast, auch Gemeinwesenarbeit eignen würde. Das haben wir vom Wohnungsamt als Angebot gegeben. Uns ist natürlich aber auch eines klar, unser Interesse liegt darin, Räumlichkeiten nicht zu lange leer stehen zu lassen und das sozusagen, wie und in welcher Form diese Räumlichkeiten genutzt werden sollen, auch ein Ende haben muss beziehungsweise es muss auch überlegt werden, wie kann man Projekte, die dort stattfinden sollen, auch finanzieren. Ganz konkret gibt es seit dem Frühjahr von dem SMZ Liebenau einen konkreten Projektvorschlag für ein sehr niederschwelliges Betreuungsangebot und Beratungsangebot in medizinischen Fragen, aber auch in anderen Bereichen für ältere Menschen und für erwachsene Menschen und ganz konkret liegt auch schon seit längerer Zeit ein Projekt des Jugendamtes vor, die diese Räumlichkeiten gerne für Kinder und Jugendliche nutzen möchten und zwar in einer hortähnlichen Weise in der Zeit zwischen 12.00 und 17.00 Uhr, wo den Kindern und Jugendlichen, was ich persönlich für gut halte, den Kindern ein Mittagstisch angeboten werden soll und vor allem auch beim Aufgabemachen, also ähnlich wie ein Hort geführt werden soll und nicht wie, das muss man auch dazu sagen, sehr oft kolportiert wurde, eine Art Jugendzentrum. Weil das muss ich persönlich sagen, das würden wir ausschließen, weil es der Wohnbevölkerung und den AnwohnerInnen dort nicht zuzumuten wäre. Wir sind aber auf einer guten Gesprächsbasis, der Stadtrat Eisel-Eiselsberg und auch ich, wir haben uns darüber unterhalten, ich wäre sehr dafür, wenn es diesen Jugendtreff dort geben würde und es auch eine Lösung gemeinsam mit dem SMZ Liebenau über eine gemeinsame Raumnutzung an dieser Stelle künftighin geben wird, weil sie dann den Erwachsenen und auch den Kindern und Jugendlichen zugute kommt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Baumann**: Danke für die Antwort. Höre ich das richtig heraus, für beide Konzepte ist Platz, wäre für ein drittes Konzept auch Platz beziehungsweise, was



haltest du, Elke, von der drogentherapeutischen Anlaufstelle auch vielleicht woanders, an einem anderen Ort?

StRin. **Kahr**: Jetzt hast du mich konkret, was die Andersengasse 32 angeht, angesprochen, ich kann von einem anderen Ort nicht reden über Räumlichkeiten, ich kann über das sprechen und da gibt es ein Gespräch in den nächsten Wochen über ein gemeinsames Projekt mit SMZ und dem Jugendamt und das ist realistisch. Angebote für Menschen mit Suchtproblemen kann das SMZ Liebenau sehr gut auch erfüllen (*Applaus KPÖ*).

## 7) Einkaufszentrum Rathaus

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Vor einigen Wochen waren die Zeitungen voll von Meldungen, wo es darum gegangen ist, im Rathaus ein dreigeschossiges Einkaufszentrum zu errichten und wo auch darüber berichtet wurde, dass der Herr Bürgermeister also dem wohlgesonnen gegenübersteht und dass auch schon ganz konkret bestimmte Firmen genannt wurden beziehungsweise dass Projektleiter, Architekten im Rathaus schon aus- und eingehen.

Abgesehen davon, dass wir in Graz insgesamt eine hohe Dichte von Einkaufszentren schon haben, möchte ich auch sagen, finden wir es nicht unbedingt notwendig, im Rathaus ein Einkaufszentrum zu errichten, denn es ergeben sich natürlich einige Probleme daraus. Eine Frage wäre natürlich auch dann, wie und wo diese politischen Büros untergebracht werden. Ist man da wieder drauf und dran, sich irgendwo mit langfristigen Mietverträgen einzumieten?

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **F r a g e :**

Sind Sie als Liegenschaftsreferent über die Pläne des in den Medien kolportierten „Einkaufszentrum Rathaus“ im Detail informiert, und sind Sie bereit, dem Gemeinderat umgehend darüber Bericht zu erstatten? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also zunächst einmal, informiert bin ich selbstverständlich über alles, das ist klar. Ich möchte zunächst vorwegschicken, dass das Rathaus die höchste demokratische Einrichtung einer Stadt ist und ich denke, dass man in diesem Zusammenhang auch irgendwelche Nutzungspläne in jedem Fall überdenken muss. Tatsache ist, dass es seit 2007 Interessen gibt von Seiten C&A, im Rathaus sich auf der Rückseite Landhausgasse Geschäftsräumlichkeiten zu mieten. Vorweg muss ich dazu sagen, dass wir vielleicht daran denken sollten, dass fast das gesamte Erdgeschoss, ausgenommen eigentlich nur die Hauptkanzlei, derzeit vermietet ist an Geschäfte und an die Steiermärkische und dass auch, die Steiermärkische ist keine Vermietung, ist eine Nutzung, dass auch im ersten Obergeschoss ungefähr ein Drittel eben dieses rückwärtigen Bereichs von der Steiermärkischen genutzt wird. Also es wäre insofern keine völlig neue Geschichte. Ich möchte gerne aus Sicht der Stadt Folgendes dazu sagen, denn es geht ja nicht nur darum, dass das jetzt gemacht werden sollte oder auch nicht, weil gerade ein Anbieter da ist, sondern es geht um etwas Grundsätzliches. Die grundsätzliche Überlegung ist folgende: Das Land baut das Landesmuseum Joanneum aus und da wird die Landhausgasse, vom Andreas-Hofer-Platz zur Herrengasse mehr Bedeutung bekommen, sie wird sicher stärker frequentiert werden, vor allem frequentiert werden von Fußgängern und es ist sicherlich Zeit und auch sehr, sehr wichtig, Überlegungen anzustellen, wie man diesen Bereich nutzen kann. Wir haben derzeit bei den Geschäften von den Mieten her keine allzu gute Situation und falls es tatsächlich einen konkreten Bewerber geben soll, dann wäre es aus meiner Sicht wichtig, die Grundsatzentscheidung, ob die Stadt das machen will oder nicht unter

anderem auch danach zu richten, welche Wirtschaftlichkeit von einer derartigen Vermietung zu erwarten ist. Das ist aus meiner Sicht ein Entscheidungsgrund, es ist sicherlich nicht der einzige, ich habe das vorhin genannt, aber es ist ein Entscheidungsgrund. Und es sind derzeit Überlegungen im Gange, auch von der Liegenschaftsabteilung, Überlegungen anzustellen, welche Nutzen das für die Stadt bringen kann. Diese Überlegungen sind nicht abgeschlossen und ich darf vielleicht damit enden, dass das sicherlich nicht das einzige Kriterium ist, aber sollte jedenfalls ein Kriterium bei der Entscheidung sein und sollte es in Richtung einer Entscheidung gehen, dann ist selbstverständlich der Gemeinderat zunächst einmal mit einem Grundsatzbeschluss zu befassen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Herr Stadtrat, wie stehen Sie dazu, das Rathaus sollte ja für die Politik der Stadt und auch für die Bürgerinnen und Bürger ein Zentrum sein. Wir haben sehr viele Ämter und auch Bürgerbüros ausgelagert in den unterschiedlichen Teilen der Stadt, dass das Rathaus in Zukunft auch zunehmend für städtische Einrichtungen genutzt wird. Wird so ein Vorschlag auch mitberücksichtigt?

StR. Dr. **Rüsch:** Zunächst einmal steht für mich alles, was mit der Repräsentativität des Rathauses zu tun hat, also der Bereich vor allem zum Hauptplatz, völlig außer Diskussion. Es geht, glaube ich, schon darum, dass sich das Rathaus oder auch die Abteilungen dort sehr viele Überlegungen machen über den Standort, wo auch Bürgerkontakte möglich sind und zu erwarten sind. Es gibt aus diesem Grund im Amtshaus das Bürgerservice-Center, es gibt weitere Überlegungen, solche Center einzurichten, das sind gleichsam die Kontaktstellen zu den Bürgerinnen und Bürgern. Über Räume für Abteilungen allein bin ich mir nicht so sicher, ob hier eine Rückführung zu überlegen ist, diese Räumlichkeiten sind natürlich sehr, sehr weit verstreut über die Stadt, ich denke an das Bauamtsgebäude beim Hauptbahnhof, es gibt auch einige weitere Standorte in der Innenstadt, ich denke, dazu ist das Rathaus in jedem Fall zu klein und es wird auch sicherlich nicht möglich sein, alle Büroräumlichkeiten ins Rathaus zurückzuführen. Da wäre ich durchaus skeptisch,

wie gesagt, ansonsten soll eben ein Wunsch nach einem Umbau, man darf nicht vergessen, die Baulichkeiten sind ja auch denkmalgeschützt, durchaus unter anderem auch nach der Frage beantwortet, was bringt es wirtschaftlich der Stadt.

*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.*

### **8) Verkehrsinsel Mariatrosterstraße/Höhe Pennymarkt**

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stv. Rucker folgende Frage:

Mag. **Mariacher**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin Rucker! Im heurigen Jahr ist im Bezirk Mariatrost eine Verkehrsinsel errichtet worden auf der Höhe des Pennymarktes zirka 200 Meter stadtauswärts von der Abfahrt Gasthof Häuserl im Wald. Diese Verkehrsinsel, die dort errichtet worden ist, ist ursächlich für zahlreiche Verkehrsunfälle, die dort entstanden sind, Gott sei Dank ist es nur zu starken Sachbeschädigungen gekommen und noch nicht zu Personenschäden, und zahlreiche Anrainer und auch die Geschäftsführer der Geschäfte haben mich darauf aufmerksam gemacht und deswegen stelle ich hier besonders gerne diesen Antrag, diese Unfallstelle sozusagen wieder zu bereinigen, weil es hier vorher keine Unfälle gegeben hat. Die Problematik ist, wenn man dort vom Lebensmittelmarkt, vom Pennymarkt, rausfährt, und links abbiegt, einfach der Kurvenradius zu stark ist und die Leute dann in die Verkehrsinsel reinfahren, wo auch ein dementsprechendes Hinweisschild errichtet ist.

Ich stelle daher im Namen der freiheitlichen Fraktion die

**F r a g e ,**

ob Sie bereit sind, innerhalb Ihres Wirkungsbereiches entsprechende Schritte zu setzen, die geeignet sind, die angesprochene Gefahrenquelle umgehend zu beseitigen, dass es nicht zu weiteren Schäden kommt?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Dazu ein klares Nein, es handelt sich hier nicht um eine Gefahrenstelle, sondern um eine Schutzinsel, nämlich als Querungshilfe für FußgängerInnen. Hier gibt es den Pennymarkt auf der einen Seite, auf der anderen gegenüberliegenden Seite gibt es auch einen Lebensmittelhändler. Im Zuge einer Verkehrssicherheitsuntersuchung wurde das Kuratorium für Verkehrssicherheit eingeschaltet, es hat festgestellt, dass in diesem Straßenabschnitt ein gewisser Querungsbedarf eben auf Grund dieser Ansiedlung dieser zwei Geschäfte da ist für Fußgänger und Fußgängerinnen, aber nach einschlägigen Richtlinien eine Schutzwegerrichtung dafür die Anzahl nicht ausreicht und dann wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die daraufhin diese Insel geplant hat. Die Ausfahrt nach links aus dem Pennymarkt hat einen Kurvenradius für Lkw bis 7,5 Tonnen, das wurde genauso gemessen, also das ist an und für sich ausreichend für einen Pkw, wenn man ihn lenken kann. Die Schutzinsel ist weiters ausreichend beleuchtet und durch entsprechende Bodenmarkierungen und Verkehrszeichen abgesichert. Die Maßnahme stellt aus unserer Sicht keine Gefährdung, sondern eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für die Fußgänger dar. Es ist leider generell festzustellen, dass derartige Straßeneinbauten immer wieder durch unachtsame Fahrmanöver und zu hohe Geschwindigkeiten beschädigt werden, was sich auch an den Sachschäden dokumentiert, die Sie beschrieben haben. Insoferne muss ich Ihnen hier leider eine abschlägige Antwort geben, ich habe auch die Pläne hier, um Ihnen genau zu zeigen, wie es sich dort verhält.

Mag. **Mariacher**: Frau Vizebürgermeisterin, wenn Sie sich so fern der Realität bewegen, dann wundert es mich nicht, wenn Sie die nächsten Wahlen verlieren, das ist eine Prognose meinerseits. Ergänzungsfrage dazu, ob die Grünen nicht einmal beginnen nachzudenken, von eingefahrenen Wegen der Problemlösung abzugehen,

um einmal zu intelligenten Lösungen zu greifen, das wäre doch hilfreich (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Fragestellung hat sich durch Ihre Anfrage sehr schön ergeben, es bestehen dort Sachbeschädigungen für Pkw, das stimmt, das passiert eben öfters bei Verkehrsinseln, hat aber wohl weniger mit der Frage der Verkehrssicherheit zu tun als mit einem Fahrverhalten, das vielleicht auf ein etwas falsches Fahrverhalten zurückschließen lässt, wie es in einer Stadt angemessen ist und deswegen ist es eine Schutzinsel, bleibt eine Schutzinsel und wird deswegen nicht reduziert.

*Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Es gibt keinen Schutzweg da.*

**9) Markierung des Radfahrweges im Bereich Ecke  
Zinzendorfsgasse/Glaxisstraße**

GR. Mag. **Molnar** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

Mag. **Molnar**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! An der Ecke Zinzendorfsgasse/Glaxisstraße, im Bereich der Steiermärkischen Sparkassen AG, befindet sich ein Radfahrweg, welcher aufgrund der geringen Breite direkt an den Gehweg anschließt.

Aufgrund der häufig auftretenden Kollisionen zwischen Fußgängern, welche aus der Steiermärkische Sparkassen AG kommen beziehungsweise jenen, welche in die Angebote in den Auslagen vertieft sind, und unachtsamen Radfahrern müssen in diesem Bereich Maßnahmen gesetzt werden.

Faktum ist, dass hier eine derartig geringe Breite für die Radfahrer zur Verfügung steht und der Übergang zu dem Fußgängerbereich relativ leicht übersehen wird.

Wie es bereits in einigen Abschnitten von Graz umgesetzt wurde, wäre auch hier sehr sinnvoll, den Belag des Radfahrweges rot einzufärben und zusätzliche eventuell reflektierenden „Noppenbelag“ anzubringen, um die Trennung zwischen Gehsteig und Radfahrweg herauszustreichen und somit künftige Kollisionen vermeiden zu können.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, ich frage Sie daher, ob Sie bereit sind, die zuständigen Magistratsabteilungen zu beauftragen, weitere Sicherheitsmaßnahmen in diesem Bereich umzusetzen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke für die Anfrage. Generell eine positive Antwort dazu, es gibt auch dazu eine konkrete Planung, die aus finanziellen Gründen heuer nicht umgesetzt werden konnte, weil uns eine Baumaßnahme im Bereich Gehsteige etwas teurer gekommen ist als geplant. Die Maßnahme, die wir setzen werden, sieht vor, dass es wirklich auch einer, dadurch dass der Fahrbereich für die Radfahrer abgesenkt wird und damit zu dem Fußgeherbereich unterschieden wird, erleichtert wird, die Kollisionsgefahren dort gering zu halten. Ich kenne die Problemstelle sehr gut und ich hoffe, dass wir nächstes Jahr das umsetzen können. Von der Planung her ist er fertig. Ich habe auch den Plan hier, Sie können ihn gerne ansehen.

Mag. **Molnar**: Aber ich glaube eine Verbreiterung ist nicht möglich auf Grund des Busses, der um die Kurve fährt oder?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Es ist mit allen Maßangaben hier, es geht sich gut aus, von der Planung her. Planung ist fertig, wie gesagt, die Finanzierung noch nicht.

## 10) Maßnahmen zur Verflüssigung des Individualverkehrs

GR. **Eichberger** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner Frage geht es vor allem um gesetzte Maßnahmen der zuständigen Stadtsenatsreferentin in Bezug auf die Verflüssigung des Individualverkehrs. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! So sehr sich unsere Fraktion, natürlich auch ich, über deine angekündigten Maßnahmen und Pressemitteilungen und Auftritte und Erklärungen hinsichtlich der Verbesserung des Fahrradverkehrs und der Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs freuen und diese hoffentlich auch umzusetzenden Maßnahmen, vor allem in einer gebotenen Zeit, umzusetzenden Maßnahmen auch diese begrüßt, fehlen uns aber im Bereich des Individualverkehrs deine entsprechenden Überlegungen und Konzepte. Du trittst zwar auch als Verkehrsstadträtin ab und zu in diesem Bereich auf, aber eher mit einem schalen Beigeschmack, wenn ich nur daran denke an eine deiner letzten Ankündigungen betreffend den Individualverkehr würde die Kraftfahrer betreffen, die ihre Fahrzeuge in den grünen Zonen abstellen und dort schlägst du ja vor, eine Erhöhung dieser Gebühren um 28 %, also das ist eine ganz deutliche Anhebung, oder wenn man jetzt in den letzten Tagen die Medien verfolgt hat, dann war es ja auch nicht unbedingt eine sehr bürger- und anrainer und wirtschaftsfreundliche Aktion, einfach zu sagen, wir haben hier Bedarf an zusätzlichen Busspuren, an einer Verbreiterung von Straßenbahnschienen und es fallen 1000 Pkw-Parkplätze zum Opfer. Das sind also jene Signale, die der Grazer, die Grazerin im Zusammenhang mit Maßnahmen deinerseits in Bezug auf Individualverkehr hört. Abgesehen davon, wie gesagt noch einmal, wir begrüßen selbstverständlich hier Maßnahmen im Zusammenhang mit der sanften Mobilität, begrüßen Maßnahmen, Verbesserungen für Fußgänger, für RadfahrerInnen und auch Vorrangmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr. Nur auf der anderen Seite, und da wundert es mich schon etwas, wo du ja ansonsten auch sehr rasch auf Medienkritik, Medienbericht reagierst, vermisse ich noch immer von dir entsprechend klare, deutliche Worte in Bezug, und immerhin ist jetzt dieser Artikel im Mai des heurigen Jahres in der Woche erschienen, wo ich nur zitieren darf: Es herrscht auf den Hauptverkehrsstraßen in den Stoßzeiten auf diesen Grazer Straßen nackter Horror, wortwörtlich. Der Verkehr



bewegt sich Stoßstange an Stoßstange durch die Grazer Straßen, wenn man überhaupt bei diesem Tempo, wie er sich bewegt von Bewegung sprechen kann, sondern eher von schleppt sich und zahlt sich, auf gut Deutsch gesagt, und so gab es da Untersuchungen und das ist schon ganz deutlich, wenn dann der Vergleich sogar mit Schnecken oder mit anderen Lebewesen gebracht wird, dass zum Beispiel in der St.-Peter-Hauptstraße der Verkehrsfluss mit 8,18 Stundenkilometer hier festgestellt wurde oder auch in einer Straße, die mir natürlich auch sehr nahe liegt, weil sie im Bezirk Jakomini ist, die Conrad-von-Hötzendorf-Straße wo man ja schon fast rasen sagen kann zu dieser Geschwindigkeit gegenüber der St.-Peter-Hauptstraße, nämlich immerhin mit 11,36 Stundenkilometer.

Noch einmal, wie gesagt, wir begrüßen in einem Sinne, wie gesagt dieser Umsetzung der sanften Mobilität hier deine Maßnahmen. Ich will und hoffe schon, dass alle diese Maßnahmen, von denen ich jetzt gesprochen habe, dass das jetzt nicht gewollte Maßnahmen sind, wo du dem Autofahrer wirklich das Autofahren vermiesen willst, wo du mit Absicht Maßnahmen setzt, um den Stau zu erhöhen, um die Grazerinnen und Grazer auf diese Art und Weise zum Umstiegen, und das ist das Bedenkliche, wir sind auch dafür, dass der eine oder andere umsteigt, aber wir sind dagegen, dass hier ein Zwang, ein Druck ausgeübt wird, dass die Autofahrer in ein Licht gestellt werden, als ob das die Bösen wären, so kann es ja nicht sein (*Applaus SPÖ*) und aus diesem Grund hoffe ich, dass das eine Fehlinterpretation deiner gesetzten Maßnahmen in Bezug auf den Individualverkehr ist.

Und jetzt zu guter Letzt die

### **Frage:**

Welche konkreten Maßnahmen hast du jetzt, immerhin bist du einige Monate im Amt, tatsächlich gesetzt, um eben für die Verflüssigung des Individualverkehrs beizutragen, ich hoffe nur, liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin, dass diese Antwort etwas umfangreicher ausfällt als deine Antwort hinsichtlich der letzten Fragestellung, welche Maßnahmen du im Zusammenhang mit der Verkehrslösung rund um die Grazer Messe und um die Stadthalle gesetzt hast. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Lieber Klaus Eichberger, Verkehrssprecher der SPÖ, wenn ich mich richtig entsinne, ich habe wirklich zuerst die Frage gelesen, als ich den Fragespiegel bekommen habe und dann doch etwas gestaunt, dass der Klaus Eichberger nebenbei steht, bei so einer Frage. Aber es hat wohl damit zu tun, dass die SPÖ etwas orientierungslos unterwegs ist und offensichtlich versucht, jetzt die Rolle einer hier nicht mehr vorhandenen Autofahrerpartei zu spielen, um bei Wählern und Wählerinnen Stimmen zu holen, die Sie momentan nicht aktualisieren und aktivieren kann in Graz. Ich sage dir jetzt eine ernsthafte Antwort auf eine Anfrage, die ich sehr interessant finden in dem Zusammenhang mit den Maßnahmen, die du ja wahrnehmen kannst, die ich setze. Ich habe gestern eine Studie gesehen, eine Prognose für die...

*Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.*

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Darf ich bitte antworten, Wolfgang Riedler, du kommst auch noch dran. Die Prognose, die ich gestern gehört habe zum Thema Autoentwicklung in der Stadt Graz, insbesondere unter Zugrundelegung jener Daten, die wir inzwischen haben über den Zuwachs an Bevölkerung, denn wir in Graz haben werden in den nächsten Jahren unter Zugrundelegung von all den soziodemographischen Entwicklungen, was Arbeitsplatzbewegungen anbelangt und der Entwicklung in der Gesamtsteiermark können wir damit rechnen, dass wir im Jahr 2020 um 50 % mehr Autos in der Stadt haben. Täglich, ich frage mich, ob da die Verflüssigung des Verkehrs eine Antwort ist, das würde nämlich bedeuten, dass ich heute anfangen kann, jede einzelne Straße in dieser Stadt auf das Doppelte zu verbreitern. Und das ist nicht grüne Politik und das ist auch nicht sinnvolle Politik für eine Stadt wie Graz. Alle Maßnahmen, die ich setzen werde und die ich setze, zielen darauf ab, und das sage ich da ganz klar, das Autofahren in dieser Stadt nicht bequemer zu machen, denn das kann nicht das Ziel sein. Wenn ich nämlich dahin arbeiten würde, dann würde ich genau in diese Richtung gehen, dann kann ich jetzt alles ausbauen, was man an Straßen haben (*Applaus Grüne*) und gar nicht wenige

Straßenzüge niederreißen, weil wir es damit nicht bewältigen können, deswegen gibt es Maßnahmen, die Anreiz schaffen werden umzusteigen und Maßnahmen, die dazu veranlassen werden, einen Unterschied zu machen in Zukunft. In dieser Stadt wird in Zukunft ein Unterschied zu machen sein zwischen notwendigen Autofahrten und Bequemlichkeit und Gewohnheit, anders derblasen wir das alle miteinander nicht. Das heißt auch, wir müssen uns überlegen, ob wir in dieser Stadt leben wollen oder in dieser Stadt autofahren wollen und das wird sich auch die SPÖ überlegen müssen, in einem populistischen Wahlkampf, wie er noch nie zuvor von euch geführt wurde (*Applaus Grüne*).

GR. **Eichberger:** Erstens, ich befinde mich da nicht im Wahlkampf, der Wahlkampf ist vorbei, liebe Lisa. Im Jänner haben wir gewählt. Das eine verwundert mich jetzt schon, entweder hast du meine Frage nicht richtig gelesen und verstanden, weil wenn du dann auf einmal nur bei einer ganz normalen Frage, welche Maßnahmen du als Gesamtverkehrsstadträtin gesetzt hast, sofort einmal ausholst und sagt, jetzt ist auf einmal die SPÖ eine Autofahrerpartei geworden und ich habe gestern eine Studie gelesen und du konntest keine einzige Maßnahme nennen, die du jetzt in sechs Monaten gesetzt hast beim Individualverkehr und mir geht es nicht darum, liebe Lisa Rücker...

Bgm. Mag. **Nagl:** Zusatzfrage bitte.

GR. **Eichberger:** Ja, ich komme schon dazu, nur man muss auch ein bisschen ausholen. Geht es jetzt darum, dass es ja nicht so sein kann, dass du jetzt da irgendetwas erzählst von einer Verbreiterung, die kein Mensch will. Aber es geht ja auch darum und so hoffe ich, dass du dich ja auch von Verkehrsexperten beraten lässt, um Maßnahmen unter Umständen eines besseren Linksabbiegens, dass man nicht warten muss, dass man nicht unter Umständen...

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker unverständlich.***

GR. **Eichberger:** Wieso die Grünen immer so nervös werden, ist ja keine Notwendigkeit (*Applaus SPÖ*). Eure Vizebürgermeisterin wird...

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, lieber Klaus, ich bitte um die Zusatzfrage.

GR. **Eichberger:** Dann, nachdem keine konkreten Maßnahmen jetzt zu erfahren waren, doch noch eine Frage in dem Zusammenhang, vielleicht bis du da wenigstens bereit, hier mitzuhelfen bei der Umsetzung einer ganz wesentlichen Maßnahme, ich hoffe, dass die Grünen sich nicht auch dagegen aussprechen. Wo sind deine Aktivitäten bisher gewesen zur Forcierung des längst fälligen Südgürtels und gerade, wenn dein Vorgänger, der Herr ehemalige Verkehrsstadtrat Rüscher, neben dir sitzt, der sich ja sehr engagiert in dieser Frage gezeigt hat, lässt du auch diesen Südgürtel jetzt einfach links liegen, hast du den ad acta gelegt und sollen wir zukünftig hier auf dieser Strecke einen zusätzlichen Radweg installieren? (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.10 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Lieber Klaus Eichberger! Zur ersten deiner zwei Zusatzfragen, aber ich würde gerne beide kurz beantworten. Ich setze keine Maßnahmen für den Individualverkehr, ich setze Maßnahmen für die Beschleunigung aller anderen Mobilitätsarten, damit wir den Individualverkehr in den Griff bekommen. Das sind die Maßnahmen, die ich setze, das ist die Antwort auf diese Frage. Die zweite Frage

Südgürtel ist ein Landesprojekt, die UVP läuft seit Mitte diesen Jahres, wir warten das Ergebnis ab und der nächste Schritt wird gesetzt. Ich bin laufend im Gespräch da mit dem Land (*Applaus Grüne*).